

## Die Kuh ist vom Eis

**Reken/Heiden/Borken (lie).** Die Kuh ist vom Eis, die Hindernisse für das geplante Interkommunale Gewerbegebiet der Stadt Borken und der Gemeinden Reken und Heiden sind endgültig aus dem Weg geräumt (die BZ berichtete).

Gestern hat der Regionalrat des Regierungsbezirks Münster mit zwölf gegen elf Stimmen beschlossen, den Regionalplan nach den Maßgaben der Landesplanungsbehörde zu ändern und die Grütlohner Fläche herauszunehmen. Indem der Regionalrat einem Erlass des Wirtschaftsministeriums auf Vorschlag des Bezirksplaners Erich Tilkorn folgte, "ist die Genehmigungsfähigkeit der 15. Änderung des Regionalplans-Teilabschnitts Münsterland gegeben", heißt es in dem Schreiben des Ministeriums an die Bezirksregierung vom vergangenen Freitag.

Der "Schiedsrichter" Dr. Heinz Janning hatte in der Auseinandersetzung zwischen dem Zweckverband Westmünsterland Gewerbepark A 31 (und den drei Kommunen) einerseits und drei Landesministerien (unter Federführung des Wirtschaftsministeriums) im "Gutachten-Entwurf" einen Verzicht auf die Fläche in Grütlohn vorgeschlagen.

Hatte das Ministerium noch im Mai Rodung, Zersiedelung und Wasserschutz als Gründe genannt, so heißt es jetzt im Erlass: "Die Versagung der o.g. Regionalplan-Änderung stützte sich im Wesentlichen auf diesen Standort als möglicher Alternative für das interkommunale Gewerbegebiet an der Autobahn 31."

Man greife Tilkorns Verfahrensvorschlag auf, heißt es weiter: Die Grütlohner Fläche werde aus dem Regionalplan entfernt, die Beteiligungsfrist verkürzt, das Land werde nach Vorlage der neuen Planung die versagte Regionalplan-Änderung erneut prüfen, die Genehmigung könne Anfang 2009 erfolgen.

Während Wolfgang Pantförder (CDU-Fraktion im Regionalrat) dies begrüßte, weil der Regionalplan genehmigt und den Gemeinden geholfen werde, sprach Bernhard Daldrup (SPD-Fraktion) von einem "politischen Skandal erster Güte". Er habe bisher keine vergleichbaren Vorgänge erlebt. Die prinzipiell zu klärende Frage, ob das Land eine Entscheidung des Regionalrats kippen dürfe, sei bis heute nicht beantwortet und eine Klage gegen das Land sei gar kein Thema mehr. Daldrup kritisierte, dass nur mündlich Bericht erstattet werde und sprach vom "Dünkel der Parteienwirtschaft".

Helmut Fehr (Grüne) sah eine "Missachtung der rechtsstaatlichen Kultur". Der Regionalrat könne nicht in der Sache diskutieren; hier solle nur etwas durchgezogen werden. Er fragte, warum man nicht einfach das Gutachten abwarte. Der Vorsitzende Engelbert Rauen wies die Vorwürfe zurück. Ziel sei doch, den Beschluss zur Änderung des Regionalplans zeitnah umzusetzen. Rauen erklärte mehrfach, zumindest die Bezirksregierung habe "ganz sauber gearbeitet". Regierungspräsident Peter Paziorek erläuterte, der Erlass verändere die rechtliche Situation. Er schätze es so ein, dass ein Verwaltungsgericht dem Regionalrat gar keine Klagebefugnis mehr einräumen würde, weil doch das Land der Änderung zustimmen wolle. Tilkorn verwies zudem auf die Vorteile eines Dringlichkeitsbeschlusses: Für den Zweckverband gehe es um Investitionen und Bauleitplanung. Und die Herausnahme der Grütlohner Fläche solle verhindern, dass ein künftiger Rat der Stadt Borken auf diesem Gebiet später doch Gewerbe ansiedeln könne.